



Sinngemäßes Diskussionsprotokoll 11. Sitzung am 13. September, 17 – 19 Uhr

Moderation: Christophe Knoch & Cornelia Poczka

Berlin Forum
c/o Stiftung Zukunft Berlin
Koordination: Anett Szabó
Klingelhöferstraße 7
10785 Berlin
Tel.: +49 (0)30 263 92 29-14
szabo@stiftungzukunftberlin.eu
www.berlinforum.berlin

Teilnehmende: Marco Beckendorf, Christine Bergmann, Hermann Borghorst, Marinella Clarin, Claus-Peter Clostermeyer, Ina Czyborra, Markus Dröge, Bertram Dudschus, Miguel Góngora, Detlef Gottschalck, Dieter Grimm, Birgit Grundmann, Thomas Härtel, Volker Hassemer, Tilmann Heuser, Bertold Höcker, Paul Jerchel, Barbara John, Dirk Jordan, Wolfgang Kaschuba, Jaqueline Kauka, Christophe Knoch, Urs Kohlbrenner, Ilja Koschembar, Andreas Krüger, Ha Thu Nguyen, Richard Meng, Andreas Otto, Cornelia Poczka, Wolfram Putz, Conrad Rausch, Stefanie Remlinger, Stefan Richter, Anne Schmedding, Wolfgang Schoele, Heinrich Suhr, Ralf Thaeter

1. Mehr als nur Beteiligung: Demokratie und Mitverantwortung

W. Kaschuba:

Nach zehn Sitzungen des Berlin-Forums sehen wir, dass die gesellschaftliche Debatte über die Demokratie und ihre Gefährdung intensiver geworden ist. Das lässt sich auf die derzeitig wahrgenommene Schwäche der Demokratie zurückführen. Andererseits erleben wir parallel einen Aufschwung der zivilgesellschaftlichen Aktivitäten – vor allem auch in Berlin. Neben Aktivitäten alteingesessener Verbände und Gewerkschaften sehen wir neue Bürgerinitiativen und Nachbarschaftsnetzwerke, die sich organisieren.

Das Berlin-Forum will eine neue Plattform für das demokratische Berlin sein. 1. Das Berlin-Forum ist gemeinwohlorientiert. 2. Die Themen des Berlin-Forums kommen aus der Zivilgesellschaft und der Politik. 3. Das Berlin-Forum bildet eine große Koalition gesellschaftlicher und politischer Akteure in der Stadt. 4. Die Mitglieder des Berlin-Forums sind nicht statistisch repräsentativ, sondern kooperativ begründet ausgewählt.

Dieses Modell des Berlin-Forums ist besser geeignet, um operativ Politik zu entwickeln. Im Gegensatz zu den administrativ aufgesetzten Bürgerräten hat es seine eigenen Infrastrukturen. Im Gegensatz zu Runden Tischen behandelt es nicht nur ein einzelnes Thema. Das Berlin-Forum nutzt das zivilgesellschaftliche Kapital Berlins. Wir brauchen eine neue Verbindlichkeit zwischen Politik und Gesellschaft. Daher schlagen wir vor, das Berlin-Forum als feste Infrastruktur für diese Zusammenarbeit zu nutzen.



M. Clarin:

Persönlich habe ich in den letzten Wochen darüber nachgedacht, ob wir in einer Scheindemokratie leben. Alle paar Jahre dürfen wir wählen, aber wo haben Bürger:innen wirklich Einfluss und können sich einbringen? Meine Distanz zur Politik ist groß und ich weiß nicht, welche Beteiligungsmöglichkeiten es wo gibt. Möglichkeiten der Beteiligung sollten daher schon in der Schule vermittelt werden. Außerdem fehlt mir eine berlinweite Online-Plattform, auf der über Gesetze abgestimmt werden kann. Die Innovationen von „liquid democracy“ mit ihren direktdemokratischen Mitteln wurden von der Politik nicht weiterverfolgt. Bürger:innen sollten auf Entscheidungen Einfluss nehmen können, ohne selbst Politiker:innen werden zu müssen.

T. Heuser:

Wie sieht Beteiligung in Berlin derzeit aus? Es gibt zahlreiche Formate in der Stadt, aber selbst den Aktiven sind die Prozesse unklar. Selten ist von Anfang an das Ziel klar formuliert, es fehlt an Transparenz. Meistens handelt es sich um eine Anhörung von Interessen der Zivilgesellschaft und anschließender Rechtfertigung der Verwaltung, die ihre Entscheidung bereits getroffen hat. Als BUND sind wir an zahlreichen Runden Tischen und Beiräten beteiligt, doch oft sorgen die Beteiligungen nur für Frust.

Neben der Verantwortung der Politik und Verwaltung, geht es aber auch um die Eigenverantwortung der zivilgesellschaftlichen Akteure. Hier fehlt das Verständnis zu politischen Entscheidungsprozessen. Verbandsinteressen werden immer mehr in Form von Kampagnen an die Politik gerichtet, statt sich mit anderen gesellschaftlichen Akteuren zu besprechen. Das Berlin-Forum ist der einzige Ort in der Stadt, wo diese Akteure alle zusammenkommen. Etablierte Beteiligungsformate diskutieren einzelne Themen, im Berlin-Forum besteht die Möglichkeit themenübergreifend zusammen zu diskutieren.

S. Richter:

In den 90er und 00er Jahren gab es drei Enquete-Kommissionen zur Zukunft Berlins, eines der Hauptthemen war immer auch eine bessere Qualität der Bürger:innenbeteiligung. Sachverständige aus diesen Kommissionen haben sich damals zusammengeschlossen, um Grundsätze zu bürgerschaftlicher Mitverantwortung gemeinsam mit nationalen Expert:innen zu entwickeln. Die Stiftung Zukunft Berlin hat letztendlich fünf Grundsätze herausgearbeitet.

Ich möchte heute nur Punkt drei aufgreifen: Die Auswahl der Mitwirkenden ist begründet. Uns ist wichtig, dass alle Interessen und Belange zur Vorbereitung einer politischen Entscheidung beteiligt sind. Inklusive der privaten und politischen Entscheidungsträger:innen. Diesen Ansatz haben wir praktisch umgesetzt im Forum Stadtspre. Da waren der zuständige Senator, die



zuständigen Bezirksbürgermeister, die Flächeneigentümer aber auch die Zivilgesellschaft eingebunden.

Was dagegen nicht funktioniert, ist einfach nur alle einzuladen oder Teilnehmer:innen per Losverfahren zu bestimmen, wie es teilweise heute praktiziert wird. Das kann ergänzend sinnvoll sein. Für uns ist die aufsuchende Beteiligung zentral. Sie hat keinen Anspruch auf Repräsentativität.

D.h. praktisch kommen Gesellschaft und Politik in unserem Forum zusammen, bringen ihre Argumente ein und wägen diese ab. Das erzeugt Konsense, aber auch Dissens. Darüber wird aber nie abgestimmt werden, denn das Primat der politischen Entscheidung bleibt bei den gewählten Volksvertreter:innen. Ein konkretes Beispiel für einen erarbeiteten Konsens im Forum Stadtspreese sind die öffentlichen Uferwege. Keine Einigung gab es bei der Bauhöhe der Gebäude. Das muss anschließend von der Politik entschieden und erklärt werden. Das ist für uns gelebte Demokratie.

Im Rahmen des Berliner Demokratietags wollen wir diese Forumsidee weiterentwickeln und auch dezentrale Foren in den Berliner Stadtteilen ausrichten. Unseren Erfolg wollen wir in einem Jahr beim nächsten Berliner Demokratietag am 15.9.2022 überprüfen.

M. Dröge:

Als Berlin-Forum wollen wir der Politik ein Angebot machen, das gleichzeitig eine Erwartung darstellt. Schon bei unserer Themenauswahl im Forum wollen wir mit Entscheider:innen ins Gespräch kommen. Wenn sich Stadtgesellschaft und Politik gemeinsam auf ein zu bearbeitendes Thema verständigen, dann kann da etwas sehr Konstruktives herauskommen. Daraus erwächst dann aber auch eine Verbindlichkeit für die Politik, diese Ergebnisse mit in ihre Arbeit einzubringen. Wir wollen nicht nur eine Spielwiese für unverbindliche Diskussionen sein. Mit diesem Angebot werden wir nach der Wahl auf Sie, die Politiker:innen, zugehen. Machen Sie sich gemeinsam mit uns auf diesen Weg?

Barbara John:

Frau Clarin hat einen bemerkenswerten Satz gesagt: Wie kann man an Politik teilnehmen ohne Politiker:in zu sein?

Die Themen im Berlin-Forum dürfen nicht davon abhängen, ob die Politiker:innen diese nach einer Prüfung für relevant erachten, wie es bei Herrn Dröge anklang. Denn die Politik vermeidet gerne, über die unerwünschten Nebenwirkungen ihrer Vorschläge zu sprechen. Bürger:innen können das sehr gut und genau abschätzen. In der Politik braucht es mehr als jetzt eine Risikobewertung einzelner Gesetze und Vorhaben. Wie in der Wirtschaft bräuchte es eine Struktur, die zu allen politischen Vorhaben auch Risikoberichte erstellt. An dieser Struktur sollten Bürger:innen und



Nachbarschaften mit ihrem Wissen beteiligt sein. Das könnte ein Mittel zur Stärkung der repräsentativen Demokratie sein.

V. Hassemer:

Wir scheinen uns an die Aussage gewöhnt zu haben, dass mehr Beteiligung immer besser sei. Aber wir sehen die rein quantitative Beteiligung ist chaotisch und schlecht. Die Formate sind derzeit so zahlreich, die organisierte Stadtgesellschaft kommt kaum hinterher.

Mit unserem Ansatz wollen wir den Politiker:innen nicht die Verantwortung nehmen, das Privileg der Entscheidung bleibt unangetastet. Wir sagen aber, die Bürgerschaft ist mindestens genauso klug wie die Politik. Deswegen braucht es davor eine gemeinsame Entscheidungsvorbereitung. Der Beitrag der Stadtgesellschaft macht die Entscheidungen letztendlich besser. Daher muss das Berlin-Forum im Interesse der Politik sein und es sollte ein gemeinsames Projekt werden.

S. Remlinger:

Ich möchte eine Lanze für die Parteien brechen, denn es gibt nicht immer eine Abkürzung zu politischem Einfluss. Haben Sie bitte Demut vor der Arbeit in einer Partei, wir arbeiten 60-80 Stunden in der Woche für diese Demokratie. Parteien fungieren auch als große Vor-Sortiermaschinen von Interessen und Persönlichkeiten.

Das Berlin-Forum ist toll und ich kann mir gut vorstellen das Format auf Bezirksebene zu kopieren. Doch repräsentativ-, direkt- und konsultativ-demokratische Mittel oder Bürgerräte haben alle ihre eigene Daseinsberechtigung – das Berlin-Forum ist eines davon. Zum Stichwort „liquid democracy“ von Frau Clarin möchte ich sagen, dass die online Abstimmungsformate eingestellt wurden, weil es zu wenig Beteiligung gab. Auch waren die Prozesse zu langsam.

V. Hassemer:

Ihre Arbeit, politische Verantwortung und Entscheidungsbefugnis wollen wir Ihnen überhaupt nicht nehmen. Aber es gibt aus unserer Sicht keinen Grund, die Verantwortung, auf Ideen zu kommen und Unsicherheiten zu verkleinern, mit der Bürgerschaft nicht zu teilen.

I. Czyborra:

Das Experiment „liquid democracy“ hatte das Problem, dass die eigene Stimme auf Expert:innen übertragen werden konnte, damit diese im eigenen Sinne abstimmen. Damit waren es am Ende wieder die gleichen kleinen Blasen, die sich ausgetauscht haben. Es scheint generell die Grenze von ca. 20 Personen für eine gut funktionierende Arbeitsgruppe zu geben. Das Berlin-Forum bietet hier die Möglichkeit, verschiedene Themen mit unterschiedlichen Akteur:innen quer zu diskutieren.



Momentan wird der Ruf nach immer mehr Beteiligung laut und die gestiegene Komplexität der Gesellschaft führt zu mehr Nachfrage nach Expert:innen. Neben den sozioökonomischen und habituellen Hürden grenzt nicht vorhandenes Expertenwissen von der Teilhabe in Diskussionen oft aus. Dahingehend bräuchte es auch im Berlin-Forum eine höhere Diversität, um noch mehr Teilhabe zu schaffen und neue Synergien zu erzeugen. In Bezug auf politische Teilhabe von jüngeren Menschen haben wir in der Schule noch einmal die Themen Politik & Demokratie gestärkt.

W. Kaschuba:

Wir wollen mit unserem Ansatz der Politik keine Schuld zuschieben. Die Analyse ist, dass die Stadtgesellschaft mit ihren Communities und Wissensformen für die Politik unüberschaubar geworden ist. Das Berlin-Forum kann die Stadtgesellschaft zusammenbringen. Wir erbringen somit eine Dienstleistung für die Politik.

Wenn wir die Zivilgesellschaft nicht mit einem Unterbau stützen, werden wir kaum in der Lage sein, die Angriffe der Demokratiefeinde abzuwehren. Wie das aussieht, können wir dieser Tage in Texas beobachten, wo Abtreibungen ohne Gegenwehr der gesellschaftlichen Strukturen unter Strafe gestellt werden konnten.

D. Gottschalck:

Es wurde zu Recht auf die Wichtigkeit der Parteien hingewiesen, doch die wollen wir gar nicht ersetzen, sondern ergänzen. Das Angebot des Berlin-Forums ist: Wir wollen Menschen außerhalb von Parteien die Möglichkeit geben, an der Entscheidungsfindung beteiligt zu sein und somit die Qualität der politischen Entscheidungen zu erhöhen. Dafür muss vorher klar definiert sein, worüber diskutiert wird und welche Spielräume bestehen.

T. Heuser:

Wichtig ist, dass die Akteur:innen, die in diesen Foren zusammenkommen, anschließend die Ergebnisse in ihre Netzwerke weitertragen und somit einen Schneeball-Effekt auslösen. Informationen aus einer 20-Personen-AG können dann in weitere 20 Kreise eingebracht werden.

Wir wollen deutlich machen, dass in diesen heterogenen Gruppen wichtige Aushandlungsprozesse stattfinden, die bei direktdemokratischen Formaten, in denen das Abstimmen im Fokus steht, keinen Raum finden.

D. Jordan:

Ein Entweder-oder muss zwischen den Formaten nicht aufgemacht werden. Die Politik sollte in der Zusammenarbeit mit der Stadtgesellschaft verschiedene Formate testen. In der nächsten Legislatur sollte die Politik den Forumsgedanken nutzen und das gemeinsame Bearbeiten von Themen im Berlin-Forum erproben.



S. Richter:

Erstens, wir wollen keine Themen bei der Politik abladen. Uns geht es um die gemeinsame Bearbeitung von Zukunftsfragen. Auch zur Erstellung der Tagesordnung des Berlin-Forums, bei der Einladung von Fachleuten und auch bei der Gewinnung neuer Forumsmitglieder ist die Politik herzlich eingeladen sich einzubringen.

Zweitens, wollen wir dezentrale Foren in den Stadtteilen Berlins mit lokalen Akteur:innen ausprobieren. Frau Czyborra, Sie hatten das auch auf bezirklicher Ebene angesprochen. Dort lassen sich Diskurse auch mal kleinteilig gemeinsam mit Politik in Praxis umsetzen. Wir werden diese unterschiedlichen Formate versuchen. Denn, Demokratie lebt nur von Demokrat:innen. Von Menschen, die sich aktiv in die Gesellschaft einbringen. Denen müssen wir Angebote unterbreiten.

B. John:

Demokrat:innen haben zuvorderst die Aufgabe, die Vorschläge der Politik zu hinterfragen. Wohin gehen diese Menschen mit ihren Schlussfolgerungen daraus? Dafür braucht es geeignete Formate und Angebote.

2. Demokratie braucht Demokrat:innen. Praxisbeispiele der Kinder- und Jugendbeteiligung

Dieter Grimm:

In der Planung für diesen Sitzungsteil war der Begriff „Selbstermächtigung“ im Gespräch und wurde dann weggelassen. Denn Selbstermächtigung und Demokratie gehen nicht zusammen. Ein Beispiel für eine Selbstermächtigung sind die Reichsbürger:innen, die sich illegal Pässe ausstellen und Landesgrenzen ziehen. Demokrat:innen hingegen streiken, demonstrieren, schreiben, sprechen ... Sie sind dazu ermächtigt vom Grundgesetz. Die Weimarer Republik hatte nicht genug Demokrat:innen für ihren Erhalt, die Bundesrepublik hat das geschafft.

Wie unterscheidet sich die Demokratie von der vor 20 Jahren? Heute ist die Demokratie keine Selbstverständlichkeit mehr, denn es gibt mehr Antidemokrat:innen. Passiv bleiben ist damit gefährlicher geworden und es ist Zeit, demokratisch aktiv zu sein.

Eine pluralistische Demokratie ist nicht vorstellbar ohne Parteien. Sie gleicht Themen und Interessen aus. Politische Bewegungen haben immer nur ein Thema, alles andere ordnet sich unter. Daher würde ich mir mehr Beteiligung in den Parteien wünschen. Das steigert dann auch die Kompetenz der Parteien und die Fähigkeit ihrer Spitzenpolitiker:innen.



Praxisbeispiele und Vorschläge der Kinder- und Jugendbeteiligung

H. T. Nguyen:

Beim Thema Demokratie ist für mich die Selbstwirksamkeitserfahrung zentral. Bei den anstehenden Wahlen sind vor allem ältere Menschen wahlentscheidend und Kinder und Jugendliche fragen sich, was können wir bewirken? Vor drei Jahren startete Fridays for Future und das war auch für mich der Beginn meines Engagements. Mit meinen Mitschüler:innen konnten wir eine Klima-AG gegen den Widerstand der Schulleitung durchsetzen. Diese Selbstwirksamkeitserfahrung hat mich anschließend darin bestärkt Schülersprecherin zu werden.

J. Kauka:

Für den Zusammenhalt der Gesellschaft und eine demokratische Gesprächskultur braucht es eine respektvolle und faire Kommunikation. Das Projekt FairReden des Berlin-Forums will Perspektiven zu respektvoller Kommunikation von Jugendlichen sichtbar machen. Gestartet wurde dazu jetzt ein Wettbewerb, bei dem Jugendliche ihre Ideen in Form von Podcasts, Videos, Comics, Musik, Texte, Interviews, Theaterstücke, Lyrik uvm. erarbeiten. Preis wird neben einer Geldsumme auch der direkte Austausch mit politischen Entscheidungsträger:innen sein. Getragen wird das Projekt u.a. vom Landesmusikrat, der Landeszentrale für politische Bildung, dem Fußballverein FC Internationale und dem Landesjugendring. Der Landesjugendring Berlin ist die Interessenvertretung der Berliner Jugendverbände. Jugendverbände sind Selbstorganisationen von Jugendlichen, die sich für Gleichaltrige einsetzen. Herzstück unserer Arbeit sind die politischen Rahmenbedingungen, wie Kinder- und Jugendliche bei allen Fragen, die sie betreffen, mitentscheiden können. Entscheidend ist, wer Beteiligungsformate entwirft. Oftmals passen diese nicht zu den Bedürfnissen von jungen Menschen. Da spielen Fragen von Uhrzeiten und Wochentagen, aber auch die Einschätzung der Ressourcen von jungen Menschen eine Rolle.

M. Góngora:

Ich kann mich Ha Thu Nguyen anschließen: die Selbstwirksamkeit ist wichtig. Wo kann ich als junger Mensch derzeit etwas beitragen? Es gibt die Beteiligungsbüros für Jugendliche in den Berliner Bezirken. Ein neues Bündnis will das nun weiterdenken auf der Landesebene. Es gibt zwar auf Landesebene schon das Jugendforum, allerdings tagt das nur einmal im Jahr und erzeugt trotz Wohlwollen der Politik überhaupt keine Verbindlichkeit. Wir brauchen einen Landesbeauftragten für Kinder- Jugendbeteiligung, ein Kinder- und Jugendparlament auf Landesebene und ein Wahlalter ab 16.



M. Dröge:

Das Projekt FairReden hat schon in der Organisation eine tolle Resonanz bei Jugendlichen erzeugt. In selbst organisierten Workshops haben sie die Inhalte maßgeblich mitentwickelt. Demokratie braucht eine Kultur des guten Gesprächs, sonst kommt man nicht zu gemeinsamen Lösungen.

R. Meng:

Das Berlin-Forum ist viel mehr als die vier Sitzungen pro Jahr. In den Sitzungen werden Themen besprochen, aus denen möglichst Projekte entstehen. Die Arbeit in diesen Arbeitsgruppen ist ein kontinuierlicher Prozess, wie in der Politik. Demokratie ist ein Prozess.

H. T. Nguyen:

Die Kultur des guten Gesprächs, die Herr Dröge ansprach, ist u.a. auch durch Social Media gefährdet. Wer sich Kommentare unter Youtube-Videos ansieht, wird fast nur Hass und Hetze finden. FairReden ist daher ein wichtiges Projekt.

V. Hassemer:

Herr Góngora, was ist die Forderung ihrer Schülerinitiative an das Berlin-Forum, wo erwarten Sie Unterstützung?

M. Góngora:

Wir wünschen uns Unterstützung für die drei Forderungen, die ich eben nannte (Landesbeauftragter für Kinder- Jugendbeteiligung, Jugendparlament auf Landesebene, Wahlalter ab 16) für die nächste Legislatur. Außerdem brauchen wir politische Unterstützung zum Aufsetzen einer Beteiligungsstruktur, die alle junge Menschen erreichen kann.

S. Remlinger:

Auch ich bin davon überzeugt, dass wir neue Formen der Beteiligung oder Demokratiearbeit brauchen. Kann man sagen, dass Berlin-Forum sei ein besseres Format als andere? Ich fände es sehr reizvoll, wenn das Berlin-Forum unparteiisch Beteiligungsformate organisiert, ohne selbst Verbandsinteressen zu vertreten. Auch das Projekt FairReden scheint mir hier gut geeignet, abseits von Parteilichkeit der Polarisierung in der Gesellschaft entgegenzuwirken.

M. Dröge:

Das Anliegen des Berlin-Forums ist unparteiisch. Wir wollen diejenigen zusammenführen, die über das Eigeninteresse hinaus zusammen diskutieren und dem Gemeinwohl dienen wollen.



Wir wollen auch keine Parteien ersetzen, sondern wir treten ein für dieses konsultative Moment, das unsere demokratischen Institutionen unterstützen soll.

T. Heuser:

Verbindlichkeit ist das entscheidende Stichwort: Kinder- und Jugendparlamente kann man ausrichten, aber wenn diese nicht in die Entscheidungsstruktur eingebunden sind, erzeugt es nur Unzufriedenheit. Es gibt in dieser Stadt tausend Beteiligungsformate, aber die sind nicht verbindlich. Wie binde ich z.B. Fridays for Future ein? Wo kommt man in die Aushandlungsprozesse rein? Es braucht doch einen Ort an dem Fridays for Future mit z.B. dem ADAC und der Politik etwas aushandeln kann.

A. Schmedding:

Bei den Angeboten an Jugendliche der Stiftung Berliner Leben stellen wir wiederholt fest, dass es sehr schwer ist, Kinder und Jugendliche aus armen Familien zu erreichen. Die Gefahr ist groß, dass man unter sich bleibt. Wie kann man das bei Jugendbeteiligung lösen?

M. Góngora:

Das ist vor allem schwer außerhalb der Schule. In der Schule kommen Kinder und Jugendliche mit unterschiedlichen Hintergründen zusammen. Dort braucht es vermehrt demokratische Strukturen, die auch aufzeigen, wo man wirksam werden kann. Außerhalb der Schule sollte Beteiligung für junge Menschen einfach verständlich sein und sich sehr konkreten Projekten widmen, wie dem Umbau eines Spielplatzes. Die BVV ist z.B. gar kein geeigneter Ort.

W. Kaschuba:

In den letzten Jahren haben sich vor allem in den Nachbarschaften viele Initiativen und Netzwerke gebildet. Wir wollen das im Berlin-Forum mit dezentralen Veranstaltungen aufnehmen. Auf dieser Ebene spielen die Schulen eine zentrale Rolle und es gibt großes Potenzial für Querschnittsthemen, bei denen Kinder, Jugendliche und ältere Menschen aus dem Kiez zusammenkommen.

D. Grimm:

Wenn ich mich in die Rolle eines Politikers hineinversetze, frage ich mich, was das Alleinstellungsmerkmal des Berlin-Forums ist. Ist es nur ein weiteres Gesprächsangebot innerhalb einer Vielzahl von zivilgesellschaftlichen Anliegen, die gehört werden wollen? Wie kann das Berlin-Forum dann Verbindlichkeit einfordern?



Dialog zwischen Richard Meng und Ha Thu Nguyen

R. Meng:

Sind wir einer von vielen oder haben wir einen eigenen Ansatz? Unsere Relevanz lebt von unserer Breite. Wir wollen die Facetten der Stadt zum Klingen bringen. Wir müssen es schaffen, themenbezogen die gesellschaftlich relevanten Gruppen zusammenzubringen. Würden Sie da mitgehen?

H. T. Nguyen:

Ja, das ist richtig. Heute haben wir ganz viele Beispiele und Ideen dafür bekommen. Hier möchte ich insbesondere auf die Schere zwischen arm und reich eingehen. Arme Menschen, junge Menschen, wir alle sind die Gesellschaft. Das muss berücksichtigt werden.

R. Meng:

Ist die Politik denn offen genug für diese Beteiligungsformate?

H. T. Nguyen:

Nicht unbedingt. Es gibt viel Beteiligungsformate, aber da sitzen immer die gleichen. Als Kind von Eltern mit Hartz4-Bezug bin ich hier eine Seltenheit. In Berlin gibt es sehr viele arme Kinder, doch die hört man einfach nicht.

R. Meng:

Haben wir zu viel darüber geredet, wie wir uns durchsetzen können und zu wenig über andere Schichten?

H. T. Nguyen:

Die Stiftung Zukunft Berlin plant ja schon ein nächstes Projekt, einen Kinder und Jugendkonvent. Und hier müssen wir uns überlegen, wie wir möglichst unterschiedliche Menschen zusammenbekommen. Die Idee sind demokratische Debatten an Schulen, dort kann niemand ausgeschlossen werden. Jedes Kind muss zur Schule.

R. Meng:

Das ist das nächste Projekt nach FairReden und schon ein Ausblick auf 2022. Aber was ist mit der Frage nach der Verbindlichkeit? Bekommen wir eine Absprache zu neuen Aktivierungsformaten mit der Politik hin? Das müsste mit dem neuen Senat bis Weihnachten verhandelt sein.

H. T. Nguyen:

Das wäre ein Traum. Als ehem. Landesschülersprecherin habe ich ein Trauma: Zu uns sind viele Politiker:innen gekommen, haben sich für unsere Themen interessiert, aber letztendlich wurde nichts unternommen. Deswegen wäre so eine Verbindlichkeit unglaublich wichtig.



R. Meng:

Das können und werden wir fordern. Aber wir haben auch eine Bringschuld und zwar die Breite der Gesellschaft in den Diskurs zu bringen. Wo fehlt es da?

H. T. Nguyen:

Da fehlt es sicherlich noch an vielen Stellen. Aber gerade als junge Person merke ich, dass unsere Ideen oft nicht nachgefragt und gehört werden.

R. Meng:

Dahingehend sollten wir überlegen, wie wir die Beteiligung im Berlin-Forum noch verbreitern können. Themenbezogen sollten wir den Kreis auch punktuell erweitern und insgesamt projektbezogener diskutieren, statt Metadebatten zu führen.

Die nächste Sitzung des Berlin-Forums am 9. Dezember wird sich dem Thema „Stadtöffentlichkeiten“ widmen. Gerade in großen Metropolen wie Berlin ist es schwer, noch eine gemeinsame Öffentlichkeit zu leben. Wie können wir überhaupt noch miteinander und mit allen kommunizieren? In der Politik aber auch in den Gewerkschaften, Kirchen usw. gibt es da viel Ratlosigkeit.

Zu der Dezembersitzung werden wir Medienmachende aus den Bereichen Online, Print und Fernsehen einladen. Wir wollen auch mit den Mitgliedern des Berlin-Forums und weiteren Engagierten diskutieren, wie sie in ihren Subgruppen kommunizieren und ob eine gemeinsame Öffentlichkeit eher im Lokalen realisierbar ist.

21.9.2021

J. David Langlo